

AKTUELLE THEMEN UND NACHRICHTEN AUS DEM
EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Petra Kammerevert, MdEP

NEWSLETTER



NEU! Infobrief der Europaabgeordneten Petra Kammerevert | **AUSGABE:** Januar 2024

Europa neu denken.

SPD

© European Union

INHALT

KONSEQUENTE ANTWORT AUF ERPRESSUNGSVERSUCHE



4

GREEN DEAL ENTSCHLOSSEN UND SOZIAL GERECHT FORTSETZEN



5

AKTUELLE THEMEN UND NACHRICHTEN

4

“Elektromobilität am Himmel”

EU-Parlament setzt Impulse für nachhaltigen Flugverkehr

5

“500 Millionen Tonnen CO2 weniger”

EU setzt Zeichen gegen klimaschädliche F-Gase

6

“EU-Förderung vor Autokraten schützen”

EVP-Abgeordnete wollen Erasmus-Mittel für Orbáns Regierung sichern

7

“Greenwashing wird untersagt”

EU-Parlament verabschiedet Gesetz zur Stärkung der Verbraucherrechte

7

Europäischer Jugendkarlspreis 2024: Jetzt bewerben

Bewerbungsphase für den Europäischen Jugendkarlspreis 2024 gestartet

8

Setzen Sie ein Zeichen gegen rechts

Demonstrationen und Kundgebungen gegen Rechtsextremismus

VORWORT



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

ich hoffe, Sie sind gut ins Jahr 2024 gestartet und voller frischer Energie. Möge dieses Jahr nicht nur von positiven Überraschungen und erfüllenden Momenten geprägt sein, sondern vor allem von Gesundheit und Erfolg.

Unsere Gesellschaft steht vor anhaltenden Herausforderungen, hierzu gehört u.a. ein besorgniserregender Rechtsruck. Die Bedeutung unabhängiger Medien wurde durch die Correctiv-Recherche erneut deutlich. Sie zeigt auch, wie entscheidend es ist, sich weiterhin für Toleranz, Vielfalt und demokratische Werte einzusetzen. Gemeinsam müssen wir uns gegen jede Form von Extremismus und Intoleranz stellen. Unabhängige und vielfältige Medien sind dabei Grundvoraussetzung einer jeden Demokratie. Ihre Aufgabe ist es, den Finger in gesellschaftliche Wunden zu legen, Fehlentwicklungen aufzuzeigen und auf der Basis von guter Recherche mit belegbaren Quellen, die Menschen in die Lage zu versetzen, sich ein Bild zu machen.

Dies alles auch europäisch gesetzlich abzusichern soll das Europäische Medienfreiheitsgesetz, das gerade in Brüssel verhandelt wurde, leisten. Als Schattenberichterstatterin war ich für die Fraktion der Sozialdemokraten in den letzten Monaten an den Trilog-Verhandlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission zu diesem Gesetz beteiligt. Am 15. Dezember, kurz vor Weihnachten, haben das Europäische Parlament und der Rat der EU hierzu eine Einigung erzielt. Die neuen Regeln sollen die redaktionelle Unabhängigkeit und den Medienpluralismus besser schützen sowie Transparenz und Fairness gewährleisten. Nach dem Ende der Verhandlungen brach in Brüssel Jubel aus, dass es endlich vollbracht ist. Ich selbst habe jedoch erhebliche Zweifel, ob die gesteckten Ziele mit diesem Kompromiss tatsächlich erreicht werden können. Zwar ist es uns in einigen Punkten gelungen, die Parlamentsposition durchzusetzen, was möglicherweise dazu beitragen wird, die Situation der Medien in einigen Mitgliedstaaten zu verbessern, aber aus meiner Sicht wurden zu viele Chancen ausgelassen, unabhängige und vielfältige Medien in der EU zu stärken und sie sowie die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten vor

Übergriffen zu schützen. Beispielsweise ist der Schutz von Journalistinnen und Journalisten vor Überwachung und sogenannter „Spyware“-Software bei weitem nicht so ambitioniert wie vom Parlament gewünscht und wie es in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten der Fall ist. Auch die Regelungen zum Schutz der Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie dessen Finanzierung auf der Basis von transparenten und unabhängigen Verfahren sind nicht ausreichend. Hier war sogar der ursprüngliche Vorschlag der Kommission ambitionierter. Ein weiteres Beispiel ist der Schutz von Medieninhalten auf großen Online-Plattformen wie Facebook, YouTube und Twitter vor willkürlichen Löschungen und Restriktionen. Es bleibt dabei, dass am Ende die Plattformen das letzte Wort haben, welche seriösen Medieninhalte die Europäerinnen und Europäer sehen dürfen oder nicht.

Als Sozialdemokraten haben wir uns in den Verhandlungen bemüht, den guten Text des Parlaments zu verteidigen. Dabei hatten wir die anderen Fraktionen, insbesondere die Konservativen und die Liberalen in vielen Fällen nicht auf unserer Seite. Die Mehrheit des Parlaments war leider vor allem darauf bedacht, die Verhandlungen so schnell wie möglich abzuschließen. Das ist nicht unser Anspruch an Gesetzgebung, denn hier muss Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen.

Im Ergebnis bringt das Europäische Medienfreiheitsgesetz sicherlich an vielen kleinen Stellen Verbesserungen. Der große Wurf, die Medienfreiheit und den Medienpluralismus in der gesamten EU voranzubringen, ist jedoch leider nicht gelungen. Es wird jetzt auf das in diesem Jahr neu zu wählende Parlament ankommen, immer wieder nachzuhaken und darauf zu drängen, dass wenigstens die Regeln, die durchgesetzt werden konnten, von den Mitgliedstaaten eingehalten werden und die Kommission immer wieder an ihre Pflichten zu erinnern über die Einhaltung zu wachen und sie im Zweifel auch durchzusetzen.

Ihre

Petra Vonnemann



“KONSEQUENTE ANTWORT AUF ERPRESSUNGSVERSUCHE”

Europäisches Parlament kritisiert Ungarns Vorgehen und fordert Reformen

Am 18. Januar hat das Europäische Parlament eine Entschließung verabschiedet, in der es die vorsätzlichen Bemühungen der ungarischen Regierung zur Untergrabung der EU-Grundwerte kritisiert. Besondere Besorgnis gilt dem “Paket zum Schutz der nationalen Souveränität”, das mit dem russischen Gesetz über “ausländische Agenten” verglichen wurde.

Die Abgeordneten bedauern, dass der Rat in den laufenden Verfahren nach Artikel 7 Absatz 1 EUV, die 2018 aktiviert wurden, keine signifikanten Fortschritte erzielt hat. Sie fordern den Europäischen Rat auf, aktiv zu werden und zu prüfen, ob eine “schwerwiegende und anhaltende Verletzung der Werte der Union im Sinne des Artikels 7 Absatz 2 EUV” durch Ungarn vorliegt.

Besonders scharfe Kritik wird am Vorgehen des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán geübt, insbesondere seiner Blockade des Beschlusses zur Überarbeitung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) und des Hilfspakets für die Ukraine. Dies wird als vollständige Missachtung der strategischen Interessen der EU gewertet. Die Abgeordneten betonen, dass die EU “keinesfalls Erpressungsversuchen nachgeben” darf und ihre strategischen Interessen entschieden verteidigen muss. Die Entscheidung der Kommission, bis zu 10,2 Milliarden Euro an Ungarn freizugeben, wird ebenfalls kritisiert, da die geforderten Justizreformen nicht erfüllt wurden. Das Parlament betont, dass Freigaben als “einziges, integriertes Paket” betrachtet werden sollten, und

behält sich das Recht vor, rechtliche Schritte gegen die EU-Kommission zu prüfen. Selbst wenn in einem oder mehreren Bereichen Fortschritte erzielt wurden, sollten keine Zahlungen erfolgen, wenn in einem anderen Bereich weiterhin Mängel bestehen.

Angesichts ernsthafter Zweifel an der Fähigkeit Ungarns, seine Pflichten während der sechsmonatigen Ratspräsidentschaft im Jahr 2024 zu erfüllen, fordern die Abgeordneten den Rat auf, geeignete Lösungen zu finden, um diese Risiken zu mindern. Sie verlangen die sofortige Einleitung von Verfahren zur Reform des Entscheidungsverfahrens im Rat, um dem missbräuchlichen Rückgriff auf das Vetorecht und Erpressungsversuchen endlich ein Ende zu setzen.

“ELEKTROMOBILITÄT AM HIMMEL”

EU-Parlament setzt Impulse für nachhaltigen Flugverkehr

Am 16. Januar hat das Europäische Parlament in Straßburg einen Initiativbericht zur Förderung der Elektromobilität im Luftverkehr verabschiedet, um den wachsenden Herausforderungen der Klimakrise zu begegnen und Europas Führungsrolle in der zivilen Luftfahrt zu stärken.

Laut EU-Kommission sind die CO₂-Emissionen im Luftverkehr seit 1990 um beeindruckende 146 Prozent gestiegen. Trotz des vorübergehenden Rückgangs der Flugreisen während der Pandemie wird in den kommenden Jahren ein weiteres Wachstum erwartet.

Der Bericht betont das Potenzial

elektrischer und hybrider Flugzeuge, insbesondere für die regionale Mobilität mit Kurz- und Mittelstreckenflugzeugen. Gleichzeitig werden jedoch auch die technologischen Herausforderungen, wie die Entwicklung von Batterien und die Anpassung der Infrastruktur, in den Fokus gerückt.

Das Europäische Parlament hebt in seinem Bericht die Rolle der zivilen Luftfahrt als einen der erfolgreichsten High-Tech-Sektoren der EU hervor. Die EU-Kommission wird aufgefordert, zusätzlich in Forschung und Entwicklung zu investieren und eine koordinierte europäische Strategie vorzustellen, um neue Technologien im Luftverkehr zu

fördern.

Die Förderung der Elektromobilität im Luftverkehr ist ein entscheidender Schritt, um die europäische Luftfahrtindustrie zu stärken und Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen. Elektrische Flugzeuge verursachen im Betrieb nahezu keine Umweltverschmutzung und mindern die Lärmbelastigung. Investitionen in innovative Technologien sollen sicherstellen, dass Europa an der Spitze der nachhaltigen Luftfahrt bleibt.

Nun ist die EU-Kommission gefragt, die entsprechenden Gesetzgebungsvorschläge vorzulegen.



© Bessi/ pixabay.com

“GREEN DEAL ENTSCLOSSEN UND SOZIAL GERECHT FORTSETZEN”

Forscherinnen und Forscher empfehlen zusätzliche Maßnahmen zur Erreichung der EU-Klimaziele

Am 18. Januar hat der Europäische Wissenschaftliche Beirat für Klimaschutz seine Einschätzung zum aktuellen Stand der EU-Klimapolitik veröffentlicht. Der EU-Klimabeirat, bestehend aus 15 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der gesamten EU, berät die EU in Fragen des Klimaschutzes.

Gemäß dem Bericht zeigt der Green Deal Wirkung, und Europa macht erste Fortschritte auf dem Weg zur Klimaneutralität. Der wissenschaftliche Klimabeirat der EU warnt jedoch davor, sich auf den bisherigen Erfolgen auszuruhen. Es besteht nach wie vor die Notwendigkeit, zusätzliche nationale und europäische Maßnahmen zu

ergreifen, um unsere Zwischenziele für 2030 zu erreichen.

Besonders in den Bereichen Verkehr, Wohnen, Land- und Forstwirtschaft besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf.

Die Europawahl im Juni wird daher auch darüber entscheiden, ob wir es ernst meinen mit unserem Versprechen, die EU bis spätestens 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Als SPD werden wir uns dafür einsetzen, den Green Deal auch in den kommenden Jahren entschlossen und sozial gerecht fortzusetzen. Wir werden die Weichen stellen, um klimaverträgliche Mobilität, Heizung und landwirtschaftliche Produktion für alle zugänglich zu

machen, einschließlich Unterstützung für Menschen und Regionen, die die Transformation zur Nachhaltigkeit nicht aus eigener Kraft bewältigen können.

Dazu gehört eine Reform der EU-Agrarförderung, die insbesondere kleine und mittelgroße Landwirtschaftsbetriebe für umweltverträgliches Handeln belohnt. Leider geben sich CDU und CSU derzeit als Vertreter der Bauern auf, während sie in Brüssel die treibenden Kräfte hinter einem System sind, das hauptsächlich die große Agrarindustrie unterstützt, während immer mehr kleine Betriebe aufgeben müssen.

“500 MILLIONEN TONNEN CO2 WENIGER“

EU setzt Zeichen gegen klimaschädliche F-Gase

Am 16. Januar hat das Europäische Parlament in Straßburg zwei wegweisende Verordnungen verabschiedet, um den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen entscheidend einzudämmen.

Diese neuen Regelungen zielen darauf ab, sowohl den Ausstoß von fluorierten Gasen (F-Gase), als auch anderer ozonschädlicher Substanzen zu regulieren. F-Gase, die laut EU-Kommission eine bis zu 4000-mal stärkere Klimawirkung als CO₂ haben, kommen immer noch in vielen Kühlanlagen und Wärmepumpen zum Einsatz. Um den Übergang zu klimafreundlichen Alternativen zu

beschleunigen, sollen die neuen Verordnungen laut EU-Kommission im Vergleich zum Business-as-usual-Szenario rund 500 Millionen Tonnen Kohlendioxid einsparen.

Das Jahr 2023 war das wärmste seit Beginn der Aufzeichnungen, und die Auswirkungen der Klimakrise werden immer spürbarer. Die Reduzierung des Ausstoßes von F-Gasen und anderen ozonschädlichen Substanzen, zusammen mit der Verringerung von Methan, bietet einen äußerst wirksamen Hebel, um den kurzfristigen Treibhauseffekt abzumildern. Obwohl F-Gase noch in Klimaanlage, Kühlschränken und Wärmepumpen Verwendung finden,

stehen bereits natürliche Alternativen zur Verfügung. Europäische Hersteller haben in diesem Bereich sogar einen Marktvorsprung gegenüber der Billigkonkurrenz. Die Reduzierung von F-Gasen ist somit nicht nur förderlich für das Klima, sondern unterstützt auch die heimische Industrie, indem die neuen Regeln Planungssicherheit und Investitionsanreize für natürliche Alternativen schaffen.

Durch die Verordnungen gegen ozonschädliche Stoffe und F-Gase wird die Europäische Union voraussichtlich bis 2050 den Ausstoß von Treibhausgasen um das Äquivalent von 500 Millionen Tonnen CO₂ reduzieren.



© sweetlouise / pixabay.com

“EU-FÖRDERUNG VOR AUTOKRATEN SCHÜTZEN”

EVP-Abgeordnete wollen Erasmus-Mittel für Orbáns Regierung sichern

Am 16. Januar hat die Mehrheit im Europäischen Parlament in Straßburg den Umsetzungsbericht zum Förderprogramm Erasmus+ verabschiedet. Dieser Bericht enthält Hinweise und Verbesserungsvorschläge für die EU-Kommission, die Mitgliedstaaten und das kommende Europäische Parlament, um sich im Herbst 2024 zur Halbzeitbewertung des Erasmus+-Programms zu positionieren. In einem umstrittenen Änderungsantrag versuchen EVP-Abgeordnete zusammen mit Nationalisten aus den Fraktionen ID und EKR sowie der ungarischen Fidesz-Partei, europäische Fördermittel für die autokratische Orbán-Regierung zu sichern. Enttäuschend ist, dass der EVP-Berichtersteller Milan Zver trotz mehrerer intensiver Gespräche über die Situation in Ungarn offenbar nicht akzeptieren will, dass der einzige Weg zur Freigabe der eingefrorenen EU-Mittel - und das betrifft nicht nur Erasmus+ - die vollständige Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn ist. Selbst die eindeutigen Einlassungen der Ausschussvorsitzenden (CDU/EVP),

dass dies der einzige und einfachste Weg sei, ERASMUS+-Mittel wieder freigegeben zu können, half nichts. Am Ende lehnte jedoch eine breite Parlamentsmehrheit den besagten Änderungsantrag zum Glück ab.

Wir haben im Parlament hart dafür gekämpft, dass der Mechanismus zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit eingeführt wird. Jetzt, da er zu funktionieren scheint, ist es wichtig, dass er zu dem gewünschten Erfolg führt. Dem Geschrei der Rechtspopulisten in Europa darf nicht nachgegeben werden. Es ist skandalös, dass selbst jetzt noch einige EVP-Abgeordnete aktiv Bündnisse mit rechtskonservativen Abgeordneten suchen, sich damit wissentlich zum Handlanger Orbáns machen und den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus aushebeln wollen. Der EVP-Fraktionsvorsitzende Manfred Weber sieht dabei offenbar tatenlos zu.

Mit der Zustimmung zum Umsetzungsbericht würdigt das Parlament eine 35-jährige Erfolgsgeschichte des

Erasmus+-Programms, das wieder hunderttausenden von jungen Menschen einen Auslandsaufenthalt oder multinationale Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Jugend und Sport ermöglicht. Um Kostensteigerungen und Inflation abzumildern, wurden seit 2023 die Zuschüsse für die meisten Mobilitäts- und Austauschmaßnahmen um mehr als 18 Prozent erhöht. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns für eine umfassende Inklusion in Erasmus+ ein und fordern eine Mittelverdreifachung, damit jeder junge Mensch in der EU die Möglichkeit hat, mindestens einmal im Bildungsweg eine Auslandserfahrung mit Erasmus+ machen kann.



© Bessi/ pixabay.com

“GREENWASHING WIRD UNTERSAGT“

EU-Parlament verabschiedet Gesetz zur Stärkung der Verbraucherrechte

Oftmals werden Produkte als klimaneutral, nachhaltig oder ökologisch beworben, doch bei genauerer Prüfung erweisen sich solche Kennzeichnungen nicht selten als inhaltslos. Lediglich ein kleiner Teil der Verpackung ist aus recycelten Rohstoffen hergestellt, verwendete Labels sind nicht zertifiziert, oder es werden bei der Produktion des Produkts nur Zertifikate zum Emissionsausgleich erworben. Doch damit ist jetzt Schluss. Mit der Zustimmung des EU-Parlaments am 17. Januar zum Gesetz zur Stärkung der Verbraucherinnen und Verbraucher für den grünen Wandel verbietet die EU unter anderem zahlreiche irreführende Behauptungen. Verboten werden sollen demnach die Verwendung irreführender Aussagen ohne Nachweis, wie etwa “umweltfreundlich”, “natürlich”, “biologisch abbaubar”, “klimaneutral” oder “ökologisch”. Damit

geht der europäische Gesetzgeber einen entscheidenden Schritt gegen sogenanntes Greenwashing.

Die Neuerungen in der Richtlinie für Verbraucherrechte sowie der Richtlinie über unlauteren Wettbewerb stärken die Rolle von Verbraucherinnen und Verbrauchern im Kampf gegen den Klimawandel und beim Wandel zu einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell. Auch bei der Reparierbarkeit von Produkten konnten Fortschritte erzielt werden. So wird der Verkauf von Produkten erschwert, die nicht reparierbar sind, vorzeitig altern oder gar einen Defekt vorprogrammiert oder eingebaut haben. Künftig sollen Verbraucherinnen und Verbraucher Produkte länger nutzen können. Händler dürfen dann, sollten ihnen Informationen über das vorzeitige Altern oder die Reparierbarkeit von Produkten bekannt

sein, solche Waren nicht mehr verkaufen.

Leider ist es uns jedoch nicht gelungen, eine Regulierung von sogenannten Dark Patterns durchzusetzen. Das sind Elemente in der Gestaltung von Webseiten, die Verbraucherinnen und Verbraucher zu für sie nachteiligen Handlungen verleiten, wie beispielsweise die Erschwerung von Abo-Kündigungen. Hier erwarten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von der EU-Kommission eine grundsätzliche Regelung im Rahmen der angekündigten digitalen Fairness-Initiative nach der Europawahl.

Nun müssen die Mitgliedstaaten die Richtlinie innerhalb von 24 Monaten in nationales Recht umsetzen

EUROPÄISCHER JUGENDKARLSPREIS 2024: JETZT BEWERBEN

Bewerbungsphase für den Europäischen Jugendkarlspreis 2024 gestartet

Die Bewerbungsphase für den Europäischen Jugendkarlspreis 2024 hat begonnen. Jugendliche im Alter von 16 bis 30 Jahren aus allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind aufgerufen, sich mit ihren Projekten und Initiativen zu beteiligen. Gesucht werden kreative Köpfe, die sich für ein geeintes und demokratisches Europa einsetzen.

würdigt junge Menschen, die nicht nur die Idee eines vereinten Europas unterstützen, sondern aktiv zur Gestaltung der europäischen Zukunft beitragen. Die Gewinner haben die Chance, ihre Projekte auf europäischer Ebene zu präsentieren und dabei von erfahrenen Mentoren unterstützt zu werden.

bewerben. Die Bewerbungsunterlagen können auf der Website des Europäischen Jugendkarlspreises heruntergeladen werden.

Die Gewinner haben die Möglichkeit, Preise von bis zu 7.500 Euro zu gewinnen. Nutzen Sie diese Gelegenheit und reichen Sie Ihr Projekt jetzt ein, um die Zukunft Europas mitzugestalten!

Bis zum 12. Februar um 23:59 Uhr haben Interessierte die Möglichkeit, sich zu

Der Europäische Jugendkarlspreis



Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Bewerbung finden Sie hier:
<https://youth.europarl.europa.eu/de/more-information/charlemagne-prize.html>



© Ehimetalor Akhere Unuabona / Unplash

SETZEN SIE EIN ZEICHEN GEGEN RECHTS

Demonstrationen und Kundgebungen gegen Rechtsextremismus

- **Aachen** | 27.01. | 13 Uhr | Demo, Hauptbahnhof
- **Arnsberg** | 02.02. | 16.30 Uhr | Bexleyplatz in Neheim
- **Bad Wünnenberg** | 27.01. | 15 Uhr | Kurpark (Muschel)
- **Bielefeld** | 30.01. | 18 Uhr | Jahnplatz
- **Bocholt** | 27.01. | Innenstadt
- **Brilon** | 02.02. | 17 Uhr | Marktplatz
- **Delbrück** | 26.01. | 17 Uhr | Markt
- **Dinslaken** | 27.01. | 16 Uhr | Neutorplatz
- **Dorsten** | 26.01. | 17:30 Uhr | Marktplatz
- **Dülmen** | 28.01. | 15 Uhr | Marktplatz
- **Düren** | 27.01. | 12 Uhr | Kaiserplatz
- **Düsseldorf** | 27.01. | 12 Uhr | DGB-Haus
- **Eitorf** | 23.01. | 17:30 Uhr | Bahnhofsvorplatz
- **Erkelenz** | 03.02. | 15 Uhr | Konrad-Adenauer-Platz
- **Eschweiler** | 27.01. | 10 Uhr | Dreieinigkeitskirche
- **Espelkamp** | 26.01. | 17 Uhr | Wilhelm-Kern-Platz
- **Gelsenkirchen** | 27.01. | 17:30 Uhr | Hans-Sachs-Haus
- **Gütersloh** | 26.01. | 17 Uhr | Berliner Platz
- **Hagen** | 25.01. | 18 Uhr | Friedrich-Ebert-Platz
- **Herford** | 26.01. | 18 Uhr | Rathausplatz
- **Herne** | 26.01. | 17 Uhr | Europaplatz
- **Ibbenbüren** | 28.01. | 15 Uhr | Neumarkt
- **Kamen** | 27.01. | 11 Uhr | Alter Markt
- **Königswinter** | 26.01. | 16 Uhr | Rathausplatz
- **Krefeld** | 03.02. | 14 Uhr | Platz der Wiedervereinigung
- **Lemgo** | 27.02. | 15 Uhr | Marktplatz
- **Lengerich** | 29.01.
- **Leverkusen** | 29.01. | 19 Uhr | Rathaus
- **Menden** | 27.01. | 10:30 Uhr | Alter Rathausplatz
- **Moers** | 27.01. | 11 Uhr | Synagogenbogen (Oberwallstr.)
- **Mönchengladbach** | 25.01. | 18 Uhr | Sonnenhausplatz
- **Münster** | 16.02. | 17 Uhr | Prinzipalmarkt
- **Neheim (Arnsberg)** | 02.02. | 16:30 Uhr | Bexleyplatz
- **Neukirchen-Vluyn** | 27.01. | 14 Uhr | Vluynner Platz
- **Neuss** | 28.01. | 14 Uhr | Münsterplatz
- **Oberhausen** | 24.01. | 18 Uhr | Friedensplatz
- **Ochtrup** | 25.01. | 10 Uhr | Pottbäckerplatz
- **Oelde** | 27.01. | 16 Uhr | Marktplatz
- **Ratingen** | 27.01. | 10 Uhr | Marktplatz
- **Rhein-Sieg-Kreis** | 23.01. | 17:30 Uhr | Bahnhof Eitorf
- **Rösrath** | 27.01. | 11 Uhr | Bahnhof
- **Schwerte** | 27.01. | 11 Uhr | Postplatz
- **Siegen-Weidenau** | 25.01. | 17:30 Uhr | Bismarckplatz
- **Spich** | 24.01. | 18:30 Uhr | Bleimopsplatz
- **Steinfurt** | 27.01.
- **Troisdorf** | 27.01. | 14 Uhr | Kölner Platz
- **Unna** | 26.01. | 16:30 Uhr | Rathaus
- **Viersen** | 02.02. | 16 Uhr | Remigiusplatz
- **Weidenau** | 25.01. | 17:30 Uhr | Bismarckplatz
- **Wermelskirchen** | 27.01. | 16 Uhr | Rathausvorplatz
- **Wiesdorf** | 29.01. | 19 Uhr | Friedrich-Ebert-Platz
- **Witten** | 24.01. | 17:30 Uhr | Saalbau
- **Wülfrath** | 26.01. | 16 Uhr | Heumarkt

Impressum

Petra Kammerevert MdEP
Herausgeberin

Lukas Paslawski
Redaktion und Layout

European Union, pixabay.com
Fotos

Ihr direkter Kontakt zu Petra Kammerevert
Werdener Str. 4, D-40227 Düsseldorf
Tel.: +49 (0)211 - 59807537 Fax: +49 (0)211 - 59807536
info@petra-kammerevert.eu www.petra-kammerevert.eu

Folgen Sie Petra Kammerevert
www.facebook.de/petrakammerevert

Europa neu denken.

SPD